

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG VOM 14. JUNI 2015

Volksinitiative «Millionen-Erbenschaften besteuern für unsere AHV (Erbchaftssteuerreform)»

Weichen neu stellen

Hans Kissling, ehemaliger Chef des Statistischen Amtes des Kantons Zürich, seit ein paar Jahren pensioniert, kennt sich bei diesem Thema bestens aus. Während seiner beruflichen Tätigkeit veröffentlichte der aus finanziell bescheidenen Verhältnissen stammende Volkswirtschaftler Studien zur Vermögensverteilung und schliesslich das Buch «Reichtum ohne Leistung». Darin nahm er voraus, was der französische Ökonom Thomas Piketty in seinem Aufsehen erregenden Werk «Das Kapital im 21. Jahrhundert» darlegte, dass nämlich die Vermögensungleichheit seit dem 19. Jahrhundert noch nie so gross war wie heute. In unserem Land ist die Scherenöffnung zwischen den Reichsten und den Ärmsten besonders gross. Laut Zahlen des Bundes besitzt das reichste Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für sich allein 40% des gesamten Vermögens. Damit nimmt die Schweiz im weltweiten Vergleich einen unrühmlichen Spitzenplatz ein. Diese Ungleichheit sei gefährlich, meint Hans Kissling, denn grosses Vermögen bedeute politische Macht. Wie das funktioniert, wird in der Schweiz anschaulich demonstriert.

Der Initiativtext

Hans Kissling gilt als einer der Väter der Idee für die Einführung einer neuen Erbschaftssteuer. Neu deshalb, weil es sich um eine nationale Steuer handelt, welche die heute bestehenden Abgaben in den Kantonen ersetzen soll. Die Kantone haben während den zurückliegenden Jahren im Zuge des unseligen so genannten Steuerwettbewerbs die Bestimmungen zugunsten der Reichen so aufgeweicht, dass die Erträge erheblich geschrumpft sind. 1999 betrug die Einnahmen der Kantone und der Gemeinden aus der Erbschafts- und der Schenkungssteuer noch insgesamt 1,5 Milliarden Franken oder 3,2% der gesamten Steuererträge. 2012 betrug der Wert 1,3%, was runden 900 Millionen entsprach. Diesen Trend gilt es zu stoppen. Die von der EVP, der SP, den Grünen und dem Gewerkschaftsbund lancierte Initiative kam mit 110'000 gültigen Unterschriften zustande, wurde im Parlament von der bürgerlichen Mehrheit verworfen (ein Vorstoss im Ständerat sie ungültig zu erklären war immerhin erfolglos) und wird nun durch das Stimmvolk beurteilt. Es handelt sich um eine wichtige Abstimmung. Sie schafft die Möglichkeit, mit einer Zustimmung ein wesentliches Zeichen zur dringend notwendigen Korrektur Richtung mehr Solidarität zu setzen. Hoffentlich ein gewichtigeres und folgenreicheres als letzthin jenes bei der Abzockerinitiative. Nun zu den wesentlichen Bestimmungen des Initiativtextes:

- Der Bund erhebt eine Erbschafts- und eine Schenkungssteuer. Zwei Drittel des Ertrages erhält die AHV, ein Drittel geht an die Kantone.

- Der Steuersatz beträgt 20%.
- Erbschafts- und Schenkungssummen bis 2 Millionen sowie Teile eines Nachlasses oder eine Schenkung, welche dem Lebenspartner oder der Lebenspartnerin zukommen, sind steuerfrei.
- Für Unternehmen und Landwirtschaftsbetriebe gelten besondere Freibeträge, damit ihr Weiterbestand nicht gefährdet wird.

Wer wäre bei einer Annahme betroffen? Klare und einfache Antwort: Es handelt sich um die Nachkommen der absolut Reichsten in unserem Land. Es handelt sich um diejenigen, die praktisch ohne einen Finger zu rühren zu einem riesigen Vermögen gelangen, deren einziges Verdienst es sei, so hat jemand formuliert, nicht enterbt worden zu sein. Es entspricht nun hoffentlich dem Gerechtigkeitssinn eines grossen Teils unserer Gesellschaft, dass von dieser Minderheit, in deren Kreisen man anders Denkende gerne als Neidgenossen bezeichnet, dafür eine angemessene Abgabe an den Fiskus einzufordern ist.

Kampffeld KMU

Herr Jobst Wagner aus Muri ist der Meinung, die Erbschaftssteuerinitiative setze 185'000 Arbeitsplätze leichtfertig aufs Spiel. Wie er das wohl berechnet hat? Sein Inserat mit Bild und dem Text mit dieser ungläubwürdigen Aussage ist Teil der gross angelegten Abstimmungskampagne des Komitees «Nein zur Bundeserbschaftssteuer». In zahllosen analog gestalteten Inseraten werden Ängste geschürt vor den gravierenden Folgen einer Annahme für die rund 556'000 kleinen und mittleren Unternehmen unseres Landes. Die Unternehmer hätten den grössten Teil ihres Vermögens in ihre Firma gesteckt, wird argumentiert, bei der Nachfolgeregelung müssten zugunsten der Erbschaftssteuer dem Betrieb bedeutende Geldmittel entzogen werden, was zu Konkurs und Verlust von Arbeitsplätzen führe. So äussert sich auch der Zürcher Unternehmer Thomas Isler mit seiner Aussage, die Initiative sei undurchdacht und dumm, sie zerstöre die anständige KMU-Wirtschaft unseres Landes. Dumm... undurchdacht? Dumm ist offensichtlich, dass die Gegner den besonderen Freibetrag für Landwirtschaftsbetriebe und Unternehmen für den Fall, dass beim Erben der Weiterbestand des Betriebs nicht gesichert wäre, kaum zur Kenntnis nehmen oder nehmen wollen. Diesen Freibetrag müsste bei der Gesetzgestaltung das bürgerlich dominierte Parlament bestimmen. Die Initianten gehen von einem Freibetrag von 50 Millionen aus. Gefährdete KMUs? Das ist Angstmasche. Mehr Steuergerechtigkeit und AHV stärken? Ja.

Martin Jäggi





Ich wohne in bester Lage: Mitten in Langnau Ortskern. Seit 15 Jahren beobachte ich vom Büro aus die Entwicklung im schönsten Teil des Dorfes. Die wichtigste Wahrnehmung: Der Verkehr hat sich in 15 Jahren verdreifacht. Das ist der zunehmenden Mobilität der Gesellschaft zuzuschreiben. Wir sind ständig unterwegs. Des Tags erschüttern die Lastwagen die Backsteine der Alten Post, des Abends ist es der Techno-Sound der

Tunnelblick

Halbwüchsigen, die mit ihrer geleasteten Kiste um die Wette heulen.

Die Alte Post. Eines der Langnauer Häuser von Format. Im Dorfkern gibt es unzählige davon. Madeleine Ryser, die Kuratorin des Heimatmuseums, kennt die Schmuckstücke und führt den Besucher kundig durch die facettenreiche Baugeschichte. So einer Führung durfte ich kürzlich beiwohnen. Von Haus zu Haus bahnten wir uns einen Weg durch die Pendlerlawine des Vorabends und schrien uns an. Die Situation im Dorfkern ist für alle Verkehrsteilnehmer unzumutbar geworden. Zu viel Durchgangsverkehr. Zu wenig Platz zur Entfaltung. Zu viel Lärm. Das steht alles im Widerspruch zum architektonischen Kapital des Dorfkerns. Dem Besucher stellt sich unvermittelt die Frage: Warum lassen die das zu? Warum verschenken sie so fahrlässig ihr ökonomisches Potenzial?

Weil einige Ladenbesitzer immer noch den Tunnelblick haben. Jeden Ansatz von Verkehrsberuhigung blockieren sie mit dem Killerargument, ohne Parkplatz vor der Hütte gehe ihr Laden hops. Das Liedlein kenne ich bestens. Ich musste es mir vor 25 Jahren an jeder Sitzung «meiner» Planungskommission anhören, die einen Teil des Viehmarktes vom Verkehr befreien sollte. Die Läden der Leute, die damals in der Kommission sass, sind heute verkauft oder verschwunden. Dafür gibt es im Dorfkern und an seiner Peripherie mehr Parkplätze als je zuvor. Sie haben keinen einzigen Laden gerettet.

Und draussen in der gar nicht so weiten Welt wird Ortskern um Ortskern vom Verkehr befreit. Denn in Deutschland, Frankreich und Österreich, wo Raumplanung kein Fremdwort ist, sind die Supermärkte längst in der Industriezone. Und drinnen im Ort geniessen die Menschen... den Ort, und sie kaufen ein. In Geschäften, wo die Innovation über der Tradition steht. Bei Unternehmern, die das Neue nicht scheuen. Sie schauen nach links. Sie schauen nach rechts. Dann biegen sie ab. In die Zukunft.

Andreas Aebi

Referendum gegen das revidierte Bundesgesetz über Radio und Fernsehen

Mediengebühr statt geräteabhängige Abgabe ist gerechter und günstiger

Die Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) sieht vor, die heutige geräteabhängige Empfangsgebühr durch eine allgemeine Abgabe abzulösen. Gegen das revidierte RTVG haben der Schweizerische Gewerbeverband und eine Gruppe von SRG-Abschaffern (Initianten der «No Billag-Initiative») das Referendum ergriffen. Sie sprechen von einer neuen Mediensteuer und neuen Belastungen für die Unternehmen.

Die SP befürwortet die Revision des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen. Die Revision ist dringend nötig und beendet eine unhaltbare und ungerechte Situation. Die Finanzierung von Radio und Fernsehen wird auf eine neue Grundlage gestellt: Eine Abgabe der Haushalte und Unternehmen löst die heute geräteabhängige Gebühr ab. Der Ertrag kommt wie bisher der SRG sowie lokalen Radio- und Fernsehstationen zugute.

Ungerechtigkeit beseitigen

Die technische Entwicklung zeigt sich nicht nur bei der Vervielfachung der Empfangsgeräte, sondern auch bei Radio und Fernsehen selbst. Mit dem Internet verschmelzen Text, Bild und Ton. Die SRG hat bereits darauf reagiert. Seit Anfang 2011 sind in der Deutschschweiz Radio und Fernsehen keine getrennten Unternehmen mehr. Mit SRF (Schweizer Radio und Fernsehen) gibt es nur noch ein Unternehmen. Die Radio- und Fernsehkanäle sind in einem Onlineangebot gebündelt und über Internet verfügbar. Denn viele Inhalte werden heute auch übers Internet konsumiert und ausgetauscht. Jedes Smartphone und jeder Computer ist auch ein Radio oder Fernseher. Fast alle besitzen zwar solche Geräte, doch nicht alle melden sich an und zahlen für ihren Medienkonsum. Mit der Mediengebühr wird diese Ungerechtigkeit beseitigt.

Weniger Administration und tiefere Gebühren

Der administrative Aufwand wird massiv reduziert. Unabhängig von der Anzahl und Art der Empfangsgeräte gilt eine Mediengebühr. Dank dieser Vereinfachung braucht es keine aufwändigen und lästigen Kontrollen in Haushalten und Unternehmen

mehr. Das An- und Abmeldungsprozedere beim Umzug entfällt. Auch bezahlt jeder Haushalt und jedes Unternehmen nur noch höchstens einmal. Haushalte entrichten heute 462 Franken für den Radio- und Fernsehempfang (bzw. für den Besitz der entsprechenden Geräte). Für Radioempfang allein werden heute 169 Franken und für Fernsehempfang werden 293 Franken in Rechnung gestellt. Mit dem neuen RTVG zahlen alle Privathaushalte weniger Gebühren. Geplant sind neu 400 Franken. Bezüger von Ergänzungsleistungen zu AHV/IV und Heimbewohner werden von der Abgabe befreit. Die Gebührensenkung wird unter anderem möglich, weil es keine Schwarzseher und Schwarz Hörer mehr gibt.

Auch ein Grossteil der Unternehmen wird entlastet

Tatsache ist: Mit dem revidierten RTVG fährt ein Grossteil der Schweizer KMU besser als heute. Für 75 Prozent der Unternehmen entfällt die Gebührenpflicht vollständig. Weitere neun Prozent der Schweizer Unternehmen mit einem Umsatz zwischen 0,5 Mio. Franken und einer Million Franken bezahlen eine tiefere Abgabe von 400 Franken. Die Entlastung gegenüber der heute fälligen Gebühr

beträgt für diese Unternehmen 212 Franken pro Jahr. Nur umsatzstarke Unternehmen sind von der moderaten Radio- und Fernsehgebühr betroffen. Der höchste jährliche Abgabesatz beträgt 39'000 Franken. Er betrifft Konzerne mit einem Umsatz von mehr als einer Milliarde Schweizer Franken! Also keine KMU, wie der Gewerbeverband behauptet. Aus dem Gewerbe gibt es deshalb auch andere Stimmen: Der Wirtverband Gastrosuisse hat als Teil des Gewerbeverbands die Situation sorgfältig analysiert und befürwortet im Gegensatz zum

Schweizerischen Gewerbeverband die Revision. Und auch Economiesuisse, der Dachverband der grösseren Unternehmen, entschied sich für die Ja-Parole, weil sich die der SRG nahestehenden Unternehmen im Vorstandsausschuss durchsetzten. Das Gros der Economiesuisse-Mitglieder wird durch das neue Tarifsysteem stärker belastet. Die Beträge sind für die grossen Konzerne aber vernachlässigbar.

Bernhard Antener



ABSTIMMUNG VOM 14. JUNI 2015

Abstimmungsparolen

Bund

Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungs-Medizin und Gentechnologie im Humanbereich **STIMMFREIGABE**

Stipendieninitiative und Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes **JA**

Kanton und Gemeinde: Keine Vorlagen

Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» (Erbschaftssteuerreform) **JA**

Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen **JA**

Stipendieninitiative und Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes

Einheitliches System sorgt für mehr Fairness

Mit der Stipendieninitiative soll in erster Linie das bisher uneinheitliche, weil durch jeden Kanton selbst geregelte, Stipendien-system schweizweit revidiert werden.

Bislang gibt es für die Kantone keine einheitlichen und klaren Regeln für die Vergabe und Berechnung von Stipendien. Es existiert seit März 2013 zwar ein sogenanntes Stipendienkonkordat, das einige Grundregeln enthält und das prinzipiell die Harmonisierung der Stipendensysteme vorsieht. Es bleibt aber bisher jedem Kanton selbst überlassen, sowohl darüber zu bestimmen, wie viel für Stipendien ausgegeben wird, als auch anzuordnen, wie viele StudentInnen wie hohe Stipendien erhalten sollen.

Diese Uneinheitlichkeit in den kantonalen Stipendengesetzgebungen führt in erster Linie dazu, dass kantonal massive Unterschiede im Anteil der StipendienbezügerInnen und der Stipendienhöhen bestehen. Einige Beispiele: Im Kanton Waadt ist die Chance, ein Stipendium zu erhalten, doppelt so hoch wie in Bern. In Graubünden ist sie dreimal so hoch wie in Schaffhausen.

Und bei demselben BezügerInnenanteil ist ein Stipendium im Kanton Waadt zweieinhalb Mal so gross wie in Neuchâtel.

Einheitliches System und Kompetenzverschiebung

Die Konsequenz, die sich aus diesem System ergibt, ist klar: Nicht jede Person, die bisher auf ein Stipendium angewiesen ist, kann sich darauf verlassen, auch eines zu erhalten. Das führt dazu, dass viele Studierende einer so hohen Arbeitsbeschäftigung nachgehen müssen, dass sich das Studium entweder unverhältnismässig in die Länge zieht, dass es aufgegeben werden muss oder gar nicht erst in Angriff genommen werden kann. Angesichts des herrschenden Fachkräftemangels in der Schweiz sind aber gerade diese Hürden unbedingt aus dem Weg zu räumen und zwar mit einem System, das die Stipendien in der ganzen Schweiz fair verteilt.

Die Initiative sieht nun im Wesentlichen drei Punkte vor, um dies zu erreichen: So soll erstens ein einheitliches, nationales Stipendienwesen für die höhere Berufsbildung wie auch für Ausbildungen an Fachhochschulen, pädagogischen Hochschulen, ETHs und Universitäten geschaffen werden. Zweitens soll sichergestellt werden, dass ein Stipendium zusammen mit der Unterstützung durch die Familie und einer Nebenerwerbstätigkeit einen realen Lebensunterhalt abdeckt. Und

drittens soll die Kompetenz im Ausbildungsbeitragswesen an den Bund übergehen, wobei der Vollzug bei den Kantonen verbleibt.

Wirkt dem Fachkräftemangel entgegen

Ein solches mit dieser Initiative geschaffenes System ermöglicht allen einen fairen Zugang zur Bildung, es erhöht zudem den Studien-erfolg und ist letztlich positiv für die Wirtschaft. Schliesslich sollten wir aber vielleicht auch noch Folgendes bedenken: Ökonomie wird heute oftmals als Naturwissenschaft angesehen, es wird vermutet, dass sie den natürlichen Gesetzen und somit dem «richtigen» Weg schon irgendwie folgt. Ökonomie ist aber per se eine Humanwissenschaft. Das heisst, dass sie menschenabhängig ist und daher den – politischen und ideologischen – Entscheidungen der Menschen obliegt. Es ist zwar sicherlich richtig, dass gerade diese Initiative auch wirtschaftlich begründet wird, schliesslich kann der Fachkräftemangel in der Schweiz durch die Stipendieninitiative tatsächlich abgemildert werden. Wir Sozialdemokraten können mit einem JA am 14. Juni aber noch mehr erreichen: Wir können unsere Wirtschaft nicht nur ankurbeln, sondern auch dafür sorgen, dass sie etwas sozialer wird.

Stefanie Strahm

SP SCHWEIZ

SP 60+

Nichts über uns ohne uns!

Die SP 60+ vertritt auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen und ihrer Lebenssituation die Sicht der älteren Generation.

- Sie beschränkt sich nicht auf die Wahrnehmung von altersspezifischen Interessen, sie ist auch solidarisch mit jüngeren Generationen.
- Sie kämpft für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung sowie die Achtung der Würde von älteren Menschen in der Gesellschaft.
- Sie fordert die Beteiligung von älteren Genossinnen und Genossen am gesellschaftlichen und politischen Geschehen.
- Sie verbreitet und fördert Ideen zur Alterspolitik in Partei und Gesellschaft.
- Sie nimmt zu politischen Themen Stellung zuhanden der SP Schweiz, beziehungsweise zuhanden kantonaler, regionaler oder lokaler Parteistrukturen.
- Sie trägt zur politischen Willensbildung innerhalb und ausserhalb der Partei bei.

Wir setzen uns ein für bessere Renten, für ein gutes Leben im Alter, Wohnen und Mobil sein im Alter, ein Recht auf Arbeit ab 50 Jahren.

Uta Wütherich Krähenbühl



Flyer und Anmeldeformulare: info@sp60plus.ch oder www.sp60plus.ch

ABSCHIED

Lena Schütz-Sägesser

Wir trauern um Lena Schütz-Sägesser. Sie verstarb am 19. Februar 2015 nach einem reich erfüllten Leben im 94. Lebensjahr ruhig und zufrieden. Lena Schütz war aktives Gründungsmitglied der Langnauer SP-Frauengruppe. Ich habe sie als eine stille, freundliche und zufriedene Frau kennen gelernt. Sie zeigte mir mit Freude ihre Handarbeiten und erzählte mir von schönen Reisen mit ihrem Mann. Auch noch im dahlia Lenggen, wo sie ihre letzten Lebensjahre verbrachte, jastete sie mit Begeisterung.

Wir werden sie als eine ruhige und zurückgezogene Persönlichkeit im Gedächtnis behalten.

Uta Wütherich Krähenbühl

Die Sicht der Mehrheit...

Im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens befasste sich die SP Langnau im März anlässlich einer Sektionsversammlung mit dem Entwurf des Verkehrsrichtplans. Die Anwesenden begrüßten die grundsätzlich definierten Leitideen und Zielsetzungen. Alle Anwesenden waren sich weitgehend darüber einig, dass, wenn die Umsetzung dieser definierten Planung konsequent in den nächsten Jahren erfolgen könnte, dies ein Quantensprung im Bereich der Verkehrspolitik Langnau bedeuten würde.

Eindeutige Stellungnahmen

Die SP Stellungnahmen zu den vordringlichsten Aspekten waren meist eindeutig und einstimmig:

- Die flächendeckende Einführung von Tempo 30 auf den Gemeindestrassen.
- Erweiterung der im Entwurf angedachten Begegnungszone. Sie müsste aus SP Sicht im Dorfkern zusammenhängender angelegt werden.
- Der Dorfkern soll nicht länger Durchfahrtszone sein.
- Konsequente Umsetzung der Gleichwertigkeit der Verkehrsarten.
- Dringende Einführung eines Einbahnsystems im Dorfkern (speziell die enge Stelle Hirschenplatz, Viehmarkt).
- Strassen- und Platzräume müssen qualitativ gestaltet werden.

Teilweise kontrovers wurde die Frage zum möglichen Bau einer neuen Einbahnverbindungsstrasse unterhalb der Lindenstrasse als

Entlastung zur Oberfeldstrasse diskutiert. Die konsequente Ablehnung dieser langfristigen Planung fand dann eine klare Mehrheit.

Planung hat wachgerüttelt

Verkehrsfragen sind immer Anreize für sehr emotionale Reaktionen. Sie sprechen das persönliche Verhalten im öffentlichen Raum an und tangieren uns unweigerlich auch in unserem Freiheitsverständnis. Die Verkehrsplanung in unserem Dorf Langnau hat nun die Leute wachgerüttelt. Die Auseinandersetzungen haben Kreise gezogen, Ängste geweckt aber auch viele zum Denken über unsere zukünftige Lebensqualität angeregt. Mitwirkung heisst, demokratische Rechte wahrzunehmen zu nutzen, mitzudenken und mitzugestalten.

Am Ball bleiben

Bis Ende März sind 163 Stellungnahmen von Vereinen, Parteien und Einzelpersonen in der Struktur des Fragebogens oder in Form von frei gewählten Darlegungen eingereicht worden. Inzwischen hat die Bauverwaltung die zahlreichen und unterschiedlichsten Stellungnahmen erfasst und geordnet. So dass sie dann von den Verkehrsspezialisten geprüft und tendenziell weiter bearbeitet werden können. Aus diesen Ordnungsergebnissen können bis heute nur erste Tendenzen herausgelesen werden:

- Wir sind erfreut, dass sowohl die definierten Planungsvisionen und Leitideen, wie auch

die meisten der konkret geplanten Massnahmen im VRP in den Stellungnahmen mit einem Anteil von über 50% vollumfänglich oder mehrheitlich begrüßt werden. Diese Tendenzen müssen nun anhand der eingereichten Einzelkommentare genauer geprüft und ausgewertet werden.

- Tempo 30 auf Dorfstrassen wird mit ca. 52% mehrheitlicher Unterstützung nur knapp gutgeheissen. Viele Langnauerinnen und Langnauer befürchten wohl, dass mit dieser einschneidenden Verkehrsberuhigung viele Leute nicht mehr in den Dorfkern zum Einkaufen kommen und das Dorf Richtung Grossverteiler umfahren.
 - Das Thema Begegnungszone im Dorfkern und die Vorgaben für ein Einbahnsystem werden mit ca. 57% vollumfänglich und mehrheitlich Nennungen unterstützt. Die Meinungsbildung in dieser Sache geht weiter. Es wird Gespräche geben mit den unterschiedlichen Exponenten, es werden aber auch politische Vorstösse notwendig werden.
 - Der Bau einer neuen Einbahnstrasse unterhalb der Lindenstrasse lehnt eine grosse Mehrheit ab. Die Planung im öffentlichen Verkehr wird mit einem grossen Ja-Anteil begrüßt, die Idee einer neuen Buslinie findet jedoch mit ca. 40% nur von einer Minderheit Unterstützung.
- Die Vision einer generellen Verkehrsberuhigung und damit mehr Lebensqualität in unserem Dorf braucht jetzt weitere Aufmerksamkeit. Wir sind alle gefordert am Ball zu bleiben und uns für sinnvolle und verträgliche Lösungen einzusetzen.

Christina Schilt/Pierrot Feissli

...und der Kontrapunkt

Der Entwurf des neuen Verkehrsrichtplans gab und gibt in allen Parteien viel zu reden. Von links bis rechts umstritten ist dabei vor allem die Entlastungsstrasse im Bereich der Kniematte. Der Autor findet diese Strasse eine mehr als prüfungswerte Option. Eine ganz persönliche Sicht.

Von meinem sechsten bis zu meinem einundzwanzigsten Lebensjahr bin ich an der unteren Beichlenstrasse aufgewachsen. Bereits in den 70er Jahren war der Verkehr in den und aus dem Hasenknubel ein Dauerbrenner. Die Kreuz- und die untere Beichlenstrasse waren schon damals – besonders am Morgen und am Feierabend – stark befahren. Dank unermüdlichem Drängen der AnwohnerInnen (Ilse Janssen sei Dank!) wurde Ende der siebziger Jahre auf diesen beiden Quartierstrassen Tempo 30 eingeführt. Das war damals ein Novum in Langnau.

Mit den Mehrfamilienhäusern in der sogenannten Sonnenarena entsteht nun quasi ein Dorf im Dorf. Die Siedlung umfasst neun Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 93 Wohnungen. Man muss kein Prophet sein um zu sagen, dass das neue Quartier zu einer mas-

siven Verkehrszunahme führen wird. Täglich werden wohl gegen hundert zusätzliche Autos einmal oder mehrmals ins neue bzw. aus dem neuen Quartier fahren. Immerhin wurde die untere Beichlenstrasse im letzten Jahr zur Einbahnstrasse umfunktioniert. (Bei der Kreuzstrasse scheiterte dasselbe Vorhaben leider am Widerstand der AnwohnerInnen.) Über die untere Beichlenstrasse gelangt man seither «nur» noch in den Hasenknubel.

Verkehr auf drei Achsen verteilen

Auf diesem Hintergrund finde ich die Option, den Verkehr auf drei Achsen zu verteilen, durchaus prüfungswert. Es kann doch nicht sein, dass ein einzelnes Quartier bevorzugt behandelt wird. Umso weniger, als es sich beim östlichen Teil der Lindenstrasse um ein relatives junges Quartier handelt, welches nach seiner Erstellung auch zu Mehrverkehr geführt hat. So nebenbei gesagt, zu meiner Zeit wurde das «Kniebord» noch als Schlittelhang genutzt. Aber wie sang doch Bob Dylan bereits 1964: «The Times They Are a-Changin'» – die Zeiten ändern sich eben. Es gibt Stimmen, die sagen, das grössere

Verkehrsaufkommen legitimiere niemals den Strassenneubau. Die Oberfeldstrasse sei perfekt um den Verkehr auf beide Seiten abzuführen. Am besten erfolge der Abfluss über das Feuerwehrdepot auf die Kantonsstrasse. Mit Verlaub, an der bereits verkehrsberuhigten Oberfeldstrasse befinden sich ein Schulhaus, ein doppelter Kindergarten, zwei Altersheime, die Sek und das Hinterdorfschulhaus mit nochmals einem Kindergarten. Und diese Strasse soll den ganzen Verkehr schlucken? Finde ich keine gute Lösung! Wo bleibt da die Solidarität der anderen Quartiere? Stadtentwicklung hat ihren Preis, manchmal braucht's dafür halt auch eine neue Strasse.

Zu- oder Wegfahrt zur neuen Dreifachturnhalle ungelöst

A propos Stadtentwicklung: Wenn Langnau so weiter wächst, diskutieren wir schon bald über neuen Schulraum. Plötzlich braucht es auf der so sehnheltest erwarteten Dreifachturnhalle auch noch Schulzimmer. Spätestens dann sind wir vielleicht froh, wenn Zu- oder Wegfahrt teilweise über die neue Lindenstrasse geregelt werden können. Niklaus Müller

Erst wenig, dann viel

Ungefähr ein halbes Jahr nach der Gründung ihrer Mitgliedschaft machten sich die Langnauer Genossen Ende Winter 1917 an die Vorbereitung ihrer ersten Maifeier. Wie es sich gezielte – und wohl auch angesichts der strengen Kriegszeit –, beschränkte man sich bei diesem ersten Mal auf eine bescheidene Feier. Sie fand im Hotel Bahnhof statt, immerhin ungefähr 80 Anwesende füllten den Saal bei dieser Abendveranstaltung. Der Vortrag des Amtsrichters Schwegler aus Luzern wurde kräftig beklatscht. Sonst ist den Protokollen nichts zu entnehmen, denn dem Sekretär Alfred Flühmann, beruflich als Aktuar auf dem hiesigen Gericht tätig, war das blumig Ausschweifende fremd.

1920

Weit ergiebiger für den später nach Material Forschenden erweisen sich die Quellen aus diesem Jahr. Nachdem 1918 und 1919 noch einmal auf die Bescheidenheit gesetzt worden war, wollte man jetzt mehr. Darum wurde am 29. März 1920 ein Maifeierkomitee gebildet. Als sein Präsident stellte sich der Metallarbeiter Josef Wettstein zur Verfügung, als Mitglieder standen ihm der Rangierarbeiter Fritz Aeschlimann, Marie Bernhard als Vertreterin

der vor kurzem gegründeten Frauengruppe, der Briefträger Ulrich Eggmann, Kupferschmied Ernst Kunz, der Textilarbeiter Hans Mathys, der Elektriker Hans Schenk und der Weber Fritz Siegenthaler zur Seite. Sie bereiteten das Programm vor und stellten es den Unionsdelegierten am 17. April vor. Die 29 Anwesenden vertraten alle der Arbeiterunion angehörenden Mitglieder, nämlich die Sozialdemokratische Mitgliedschaft, die Metall-, Textil- und Telefonarbeiter, die Zimmerleute, weiter Typographia und Guttempler-Loge sowie den Handels-, Transport- und Lebensmittelverband. Der Vorschlag, eine ganztägige Maifeier zu wagen, wurde zum Beschluss erhoben. Mit einem Gesuch bei Arbeitgebern sollte erreicht werden, dass der ganze Tag, der 1. Mai fiel in diesem Jahr auf einen Samstag, als arbeitsfrei erklärt werde. Zum Programm: Den Nachmittag bestritt der Berner Stadtrat Läufer mit einem Referat im Hotel Bahnhof. Um den abstinenter Teilnehmerinnen und Teilnehmern entgegenzukommen, sollten keine alkoholischen Getränke ausgeschenkt werden. Da der Vortragsraum zu klein war für die «gemütliche Vereinigung» am Abend, war der Hirschensaal reserviert worden. Es waren vorgesehen ein Lichtbildervortrag von

Ernst Reusser, Darbietungen der Arbeiterradfahrer und eine Tanzmusik als Stimmungsmotor. Die Frauen wollten im Hinblick auf die Weihnachtsbescherung Ende Jahr mit einer Glücksack-Aktion etwas Geld verdienen. Die Maibündel wurden für 30 Rappen verkauft.

Lob und Tadel

Wie klappte es mit dem arbeitsfreien Tag? Im Nachhinein wurde anerkannt, dass viele Arbeitgeber es ihren Arbeitern frei gestellt hatten, ob sie an diesem Samstag der Arbeit fern bleiben wollten oder nicht. Doch ging man mit jenen Genossen, welche trotz Erlaubnis «den ganzen Vormittag schufteten» und es nicht wagten, am Vortrag teilzunehmen, hart ins Gericht. Sonst war man zufrieden. Stadtrat Läufer vermochte mit seinem «prima» Vortrag die Zuhörer zu packen, am Abend wurden die Pyramiden der Radler bestaunt, und die Frauen erzielten einen Gewinn von rund 100 Franken.

Martin Jäggi

Pfifanter
Bernstrasse 6, 3550 Langnau
Tel./Fax 034 402 51 72
Mo-Fr 9-12/14-18.30 Sa 9-16

malerei
Hanspeter Haldemann
Obermatt 408 • 3550 Langnau
Tel. 034 402 51 23

FÜR GESUNDES LIEGEN + SITZEN
BETTENHAUS
Lehmann
ALLEESTRASSE 1 • 3550 LANGNAU • TEL. 034 402 19 39
WWW.BETTENHAUS-LEHMANN.CH
FREITAG OFFEN BIS 21.00 MONTAG GESCHLOSSEN
BETTEN **SCHRÄNKE**
VORHÄNGE **BODENBELÄGE**

Gewerkschaft und Arbeitslosenkasse in deiner Nähe
Unia Region Oberaargau-Emmental
Mühleggässli 1, 3550 Langnau I.E.
T 034 402 78 41, langnau@unia.ch
Gemeinsam erreichen wir mehr.
www.unia.ch, www.alk.unia.ch

WALTER SCHMOCKER WEINE
VINOTHEK
KIRCHGASSE 9, 3550 LANGNAU IM EMMENTAL
TEL. 034 402 36 40 FAX 034 402 56 21

ETCETERA
Die soziale Arbeitsvermittlung
WIR SIND FÜR SIE DA!
Wir vermitteln Ihnen Hilfskräfte für Reinigung, Haushalt, Garten, Büro, Zügel, Bau etc. und rechnen die Sozialleistungen ab.
Ein Anruf genügt!
034 402 73 82
Preis auf Anfrage
www.etcetera.sah-be.ch

The best things in life aren't things.
Art Buchwald
Abakadabra Treuhand
RENATO GIACOMETTI
Treuhandler mit eidg. FA
Hühnerbach 221 3550 Langnau
Tel. 034 497 32 61
mail@abakadabra-treuhand.ch

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
SAH BERN
Œuvre suisse d'entraide ouvrière OSEC
Soccorso operaio svizzero SOS

Ihr Inserat im links i.E.
Auflage: 1200 Ex., erscheint vierteljährlich
z.B.: 60 x 41 mm
1x: Fr. 60.–
2x: Fr. 100.–
3x: Fr. 130.–
4x: Fr. 160.–

Kleiner Gemeinderat

Bernhard Antener
Fansrütistrasse 19
3550 Langnau
Tel. 034 402 22 68
bernhard@anteners.ch
Gemeindepräsident

Susanne Kölbl (parteilos)
Dorfberg 554
3550 Langnau
Tel. 034 402 73 00
susanne.koelbli@dorfberg.ch
Sozialwesen, Kinder und Jugend

Renate Strahm
Mooseggstrasse 8
3550 Langnau
034 402 52 91
renate.strahm@gmx.ch
Bildung

Grosser GemeinderatKommission/GremiumTelefonMail

Hansueli Albonico		034 402 48 76	
Agathe Aschwanden	Soz. Dienste, Finanzkomm.	034 402 74 02	agatha.aschwanden@hilotec.com
Regula Blatter			regula.blatter@gmail.com
Renato Giacometti	Finanzkomm., Schulkomm.	034 402 32 61	r.giacometti@gmx.ch
Rachel Hasler		034 402 33 76	rachelhasler@bluewin.ch
Daniel Liniger	Fraktionsleiter	034 402 52 17	dani.liniger@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	SP Vorstand	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	SP Vorstand	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Ernst Rutschi		034 461 28 89	ernst.rutschi@zapp.ch
Adrian Schranz		034 402 22 29	adrian.schranz@gmx.ch
Stefanie Strahm			stefanie.strahm@gmx.ch

Parteivorstand

Ruth Antener	Kassierin	034 402 22 68	ruth@anteners.ch
Verena Gertsch		034 402 51 93	verena.gertsch@bluewin.ch
Nazim Rexhepi	Migration	034 402 53 31	nazim.rexhepi@unia.ch
Silvia Röthlisberger	Verbindung GGR	034 402 36 55	silvia.roethlisberger@buedis.ch
Tom Schilt	Mitgliederadministration	034 402 38 44	schilt.tom@gmail.com
Uta Wütherich	SeniorInnen	034 402 48 93	u.w.41@bluewin.ch
Stefan Wüthrich	Gewerkschaften	034 402 59 96	stefan.wuethrich@unia.ch

Gewerkschaften

Unia Oberaargau- Emmental	Mühlegässli 1	034 402 78 41	langnau@unia.ch
------------------------------	---------------	---------------	-----------------

Impressumlinks i.E.

Postfach 569, 3550 Langnau
Die Stimme der SP Langnau und
der Gewerkschaften ertönt
vierteljährlich.

Auflage: 1100 Ex.

Redaktion: Bernhard Antener,
Martin Jäggi, Stefan Wüthrich

Fotos: zvg

Layout/Gestaltung: PUBLIFORM
Hanspeter Buholzer
www.publiform.ch

Druck: Tanner Druck AG, Langnau

ANLÄSSE

So 14. Juni	Eidg. Abstimmungen
Di 16. Juni	19.30 Uhr: Vorstand SP Langnau
Mi 17. Juni	19.15 Uhr: Vorstand SP-Regionalverband Emmental
Fr 19. Juni	Jubiläum 10 Jahre Etcetera
Di 23. Juni	19.30 Uhr: Fraktionssitzung SP Langnau
Mo 29. Juni	20.00 Uhr: GGR-Sitzung
Mo 17. Aug.	19.30 Uhr: Fraktionssitzung SP Langnau
Mi 19. Aug.	19.30 Uhr: Vorstand SP Langnau
Mo 24. Aug.	20.00 Uhr: GGR-Sitzung

WIR GRATULIEREN

8. Mai	Schneider Marcel (77)
19. Mai	Schneider Kathrin (77)
2. Juli	Zürcher Peter (85)
2. Juli	Zürcher-Fankhauser Ida (80)
24. Juli	Zaugg Hans (85)
15. August	Meyer Elisabeth (85)
17. August	Urech Max (82)
31. August	Steuri Rosa (76)

Unseren JubilarInnen gratulieren wir recht herzlich zum Geburtstag
und wünschen allen gute Gesundheit im neuen Lebensjahr.

Vorstand SP Langnau

